

# Dresdner Neueste Nachrichten

**Einzelnenpreis:** Grundpreis bis 22 mm breite mm-Zelle im Einzelgenial 16 Rpf., bis 70 mm breite mm-Zelle im Teigtell 1,10 RM. Nachst. nach Größe D. Einzelgenial Nr. 1. Preisgebühr für Buchstabenanzeigen 30 Rpf. auß. Porto. Für Abhaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

**mit Handels- und Industrie-Zeitung**

**Bezugpreise:** Bei freier Zustellung ins Haus 2,00 RM. einchl. Trägerlohn monatlich. Goldmarken 1,00 RM. Postbezugsmonat 2,00 RM. einchl. 45 Rpf. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Anzeigenentgelte: für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Rpf., außerhalb Groß-Dresdens 15 Rpf.

**Postadresse:** Dresden-N. 1. Postfach • Fernruf: Ortsvertrieb Sammelnummer 24001, Fernvertrieb 14194, 20024, 27951-27953 • Telegr.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Viktorstr. 1a; Fernruf: Kurfunk 9361-9366  
**Postfach:** Dresden 2060 - Nichtverlangte Einblendungen ohne Rückporto werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Bewalt oder Betriebsführung haben unsere Besitzer keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 128

Dienstag, 4. Juni 1935

43. Jahrgang

## Bouisson verlangt sofort Vertrauensvotum

Die Ausrüstung und Aushebung 1935 - Thüringens Gauparteitag - Niederlage der Schweizer Margisten - Anhaltende Erdstöße in Quezta

### Keine Debatte im Parlament

Barum Cailloz das Finanzministerium übernahm

Telegramm unseres Korrespondenten

H. Paris, 3. Juni

Beim Start der neuen französischen Regierung gab es für einen Teil der Ausrüstung schon berichtet schon zwei Pannen. Der junge ehrgeizige Paul-Baudouin, die Hoffnung der Radikalsozialen in finanziellen Fragen, der am Sonnabend offiziell vom Cailloz als Finanzminister genannt wurde, hat sich im Laufe des Tages den Hals noch einmal abgerieben und schied aus. Das mag darauf zurückzuführen sein, daß die Regierung dem zunächst als Staatsminister vorgesehenen

Landwirtschaft vorgelebene Radikalsozialist Roy sich ebenfalls weigerte, das ihm zugedachte Amt zu übernehmen, und zwar mit dem Hinweis, er verfüge über zu wenig von der Landwirtschaft, um einen derartigen Posten zu übernehmen. Diese Ablehnung hat in politischen Kreisen großes Aufsehen erregt, da nach der bisherigen parlamentarischen Gepflogenheit in Frankreich für hohe Ministerämter keine sachliche Kenntnisse notwendig sind. Die Aufnahme der Regierung in der Öffentlichkeit und in der Presse ist zurückhaltend. Immerhin gibt es auch keine großen Angriffe, da ja niemand etwas Besseres vorgeschlagen hätte. Man nimmt an, daß

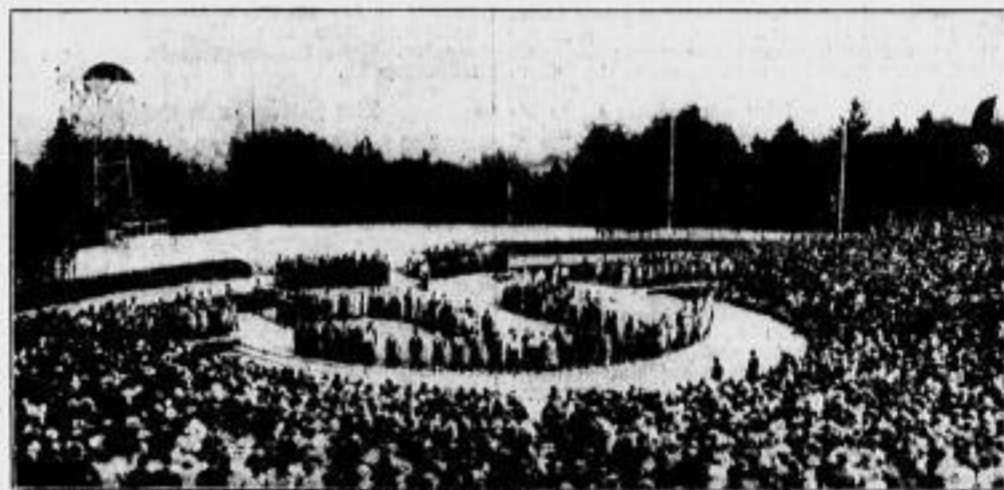
das Parlament so schnell wie möglich in die Ferien geht.

Wahrscheinlich wird in der Kammer zwischen dem 10. und 15. Juni das Verordnungsrecht dieser Session verlesen werden; die Kammer soll dann erst wieder im Oktober zusammentreten. Womöglich wird die Kammer die Regierungserklärung entgegennehmen. Man rechnet mit einer bisher unbekanntem Länge der Erklärung, in der die Regierung ihre Aufgabe darlegt, um die Spekulation des Wäfers abzugraden, den Franken in jeder Weise zu sichern, die Finanzlage des Staates wieder in normale Bahnen zu lenken und schließlich die Wirtschaft anzukurbeln. Es steht fest, daß die Regierung keinerlei Diskussion über ihre Erklärung zulassen, sondern die Kammer sofort vor die Abstimmung über das Vertrauensvotum stellen wird.

**Cailloz**  
Besondere Vollmachten zur Beaufsichtigung Palmades erteilt hatte. Palmade selbst das nicht, er meinte, wenn er schon den Anweisungen Cailloz folgen solle, so überlasse er diesem auch gern die persönliche Verantwortung. Auf Tränen des Präsidenten der Republik hat sich Cailloz dann bereit erklärt, trotz seiner 72 Jahre das Amt des Finanzministers zu übernehmen. Cailloz hat aber erklärt, daß er nur solange Finanzminister bleibe, bis er die Möglichkeit des Kapitalmarktes, der durch viele Anleihen seit 1929 überlastet sei, wiederhergestellt habe, und bis die Aufrechterhaltung der französischen Währung gesichert sei.

Dann müsse ein anderer das Finanzministerium übernehmen, während er selbst nur noch als Staatsminister der Regierung angehören würde. Der zweite Vertriebsunfall entstand dadurch, daß der als Minister für die

### Weihe des Thingplatzes in Kamenz



Ein Werk von archaischer Kulturhistorischer Bedeutung fand gestern seine Krönung durch die Weihe des großen ostfälischen Thingplatzes in Kamenz, an der Reichshauswart Hans-Joachim Kuschmann teilnahm. Auf dem Reichshausplatz spielte von deutscher Arbeit „Neurode“ war wieder von hundertfacher Macht. (Wir berichten auf Seite 5 unserer heutigen Ausgabe)

### Die sudetendeutsche Sammlung

Kabinett Malypetr neu gebildet - Die Landjugend verläßt die Spina-Partei

\* Prag, 3. Juni

Die Umbildung der tschechoslowakischen Regierung durch den bisherigen Ministerpräsidenten Malypetr ist nunmehr vollzogen. Der Regierungskoalition gehören die gleichen Parteien wie bisher an, neu hinzugezogen ist lediglich die tschechische Gewerkepartei. Weiter im Kabinett bleiben auch die beiden deutschen Minister Spina (Bund der Landwirte) und Gsch (Sozialdemokrat), obwohl ihre Parteien bei den Wahlen vernichtend geschlagen worden sind. Gsch übernimmt das bisher von Spina verwaltete Gesundheitsministerium, während Spina Minister ohne Portefeuille wird. In den übrigen Ministerien werden keine wesentlichen Veränderungen durchgeführt. Die Verträge, die deutsche Christlich-Sozialistische Partei und die slowakische katholische Volkspartei an der Regierung zu beteiligen, sind gescheitert. Die neue Regierung Malypetr verläßt im Abgeordnetensaal über eine Mehrheit von 22 und im Senat über eine Mehrheit von 11 Stimmen.

Das neue Kabinett ist durch die Beteiligung der tschechischen Gewerkepartei noch viel deutlicher eine rein tschechische Regierung geworden. Es liegt auf der Hand, daß die beiden deutschen Minister Spina und Gsch nun erst recht gänzlich einflußlos geworden sind. Das gleiche Schicksal hätte natürlich auch einen von den deutschen Christlich-Sozialisten gestellten Minister betroffen, und deshalb hat es diese Partei schließlich abgelehnt, sich an der Koalition zu beteiligen. Der Führer der Christlich-Sozialisten, Hilgenreiter, hat an den Ministerpräsidenten Malypetr einen Brief geschrieben, in dem er erklärt, die Regierungsbeteiligung einer deutschen Partei könne nur im Einvernehmen mit allen deutschen Parteien erfolgen und nur dann, wenn der Erfolg im Interesse des Sudetendeutschtums gesichert erscheine. Im übrigen weist Hilgenreiter darauf hin, daß keine Partei mit der Sudetendeutschen Partei (Lords-Deutsches) in Verbindung treten sei. Es ist danach anzunehmen, daß eine engere Zusammenarbeit zwischen der Sudetendeutschen Partei und den Christlich-Sozialisten zuhause kommt, womit die Stellung Deutschlands eine weitere Stärkung erfahren und die allgemeine sudetendeutsche Sammlungsbewegung weitere Fortschritte machen würde.

Der Wahlausgang hat bewiesen, daß damit auch den Wünschen der ganz großen Mehrheit der Sudetendeutschen Rechnung getragen wird. Um so früher ist innerhalb des Sudetendeutschtums die Enttäuschung darüber, daß sich der Bund der Landwirte - auf die deutschen Sozialdemokraten, denen alle nationalen Interessen gleichgültig sind, hat man ja

von Anfang an nicht gerechnet - abermals von der Gelamfront getrennt hat. Auch Wähler, die noch vor 14 Tagen für den Bund der Landwirte stimmten, haben, neben ihrer Empörung über den Bund, so hat der Bezirksvertrauensmann des Bundes in Kufstein, Dr. Wittig, seinen Austritt erklärt. Der Führer der Deutschen Landjugend, Gader, hat auf sein Abgeordnetenmandat verzichtet, und die Deutsche Landjugend hat auf einer in Teplitz-Schönau abgehaltenen Tagung ihre Zustimmung zum Bund der Landwirte erklärt. Der Minister Spina hat also nunmehr so gut wie niemand mehr hinter sich.

### Deutschlands Flottendelegierte in London

Telegramm unseres Korrespondenten  
A. London, 3. Juni

Die deutschen Flottendelegierten für die Flottenbesprechungen trafen gestern nachmittags in London ein. Die Delegation besteht, wie schon berichtet, aus Vizeadmiral v. Ribbentrop, Konteradmiral Zander und Kapitän z. S. Aldrich. In ihrer Begleitung befinden sich u. a. Professor Graf v. Dardfeldt-Mant Martin, Regierungsrat Schmidt, Kapitän Dr. Rort und der Adjutant Herr v. Ribbentrops, Turner. Im Laufe des heutigen Tages werden die Delegierten von Sir John Simon und höchstwahrscheinlich auch von Macdonald sowie dem ersten Vizeadmiral empfangen werden. Bekanntlich sind diese Flottenbesprechungen informativlicher Art und werden daher auch nur von Sachverständigen geführt werden.

### Anschlag auf den Staatspräsidenten von Uruguay

\* Montevideo, 3. Juni

Auf den Präsidenten von Uruguay, Terra, wurde am Sonntag ein Anschlag verübt, als er einer Heimveranlassung zu Ehren des in der uruguayischen Hauptstadt weilenden brasilianischen Präsidenten Vargas beizuhöhen. Terra kam mit einer Beinverletzung davon.

Der Täter, Bernardo Garcia, ein Anhänger der Unabhängigen Nationalistenpartei, näherte sich dem Präsidenten, als dieser Dr. Vargas zu einem Büfett begleitete, und lenkte aus unmittelbarer Nähe mit einem Revolver einen Schuß auf ihn ab. Terra rückte sich sofort auf den Täter und rief ihm die Waffe aus der Hand. Garcia versuchte, zu fliehen, wurde aber von der Menge festgehalten und mißhandelt. Nach seiner Festnahme verurteilte er, Selbstmord zu verüben, wobei er sich verwundete.

### Der „Rote Gürtel“ um Paris

Weitere Wahlgewinne der französischen Kommunisten

\* Paris, 3. Juni

Die Stichwahlen zum Generalrat des Seine-Departements am gestrigen Sonntag haben der sozialistisch-kommunistischen Einheitsfront einen glatten Sieg eingebracht. Es galt, in den Landgemeinden 50 Generalräte zu wählen, die sich zu den 90 Pariser Stadträten gesellen. Die Kommunisten allein haben nicht weniger als 29 Sitze für sich erobern können, d. h. 10 mehr, als sie bisher besaßen. Es ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Landgemeinden früher nur 40 Generalräte stellten. Viele neuen zehn Sitze haben die Kommunisten aber allein für sich gewonnen und außerdem noch neun. Die Sozialisten, die in einer Front mit den Kommunisten in die Stichwahlen gezogen sind, haben nur zwei weitere Sitze hinzugewinnen können. Mit sieben Vertretern sind sie um eine Stimme schwächer als im alten Generalrat. Weitere Opfer sind die Unabhängigen Sozialisten, die zwei Sitze verloren haben, und die Radikalsozialisten, die ihre sämtlichen drei Sitze haben

abgeben müssen. Die übrigen Parteien haben zwar ihre Sitze im Generalrat behaupten können, wobei aber zu bedenken ist, daß dies bei der erhöhten Zahl der Sitze praktisch einen Verlust bedeutet.

Im einzelnen verteilen sich die 50 Mandate der Pariser Landgemeinden wie folgt: Kommunisten 20, Sozialisten 7, Radikalsozialisten 2, Unabhängige Sozialisten 2, Radikalsozialist 6, Vorkommunisten 6, Unabhängige Radikale 2, Volksdemokraten 2.

Der „Rote Gürtel“ um Paris prägt sich also immer stärker aus. Außerdem ist aber im gesamten Generalrat die Mehrheit von den Rechtsparteien auf den linken Flügel übergegangen. Das wird wahrscheinlich zur Folge haben, daß an der Spitze des Generalrates ein Vertreter der linken Einheitsfront stehen wird, an der Spitze des Stadtrates aber ein Vertreter der Rechten. Man sieht in Paris heute schon unangenehme politische und verwaltungsmäßige Verwicklungen voraus, die sich aus einer solchen Lage ergeben können.

mehrheit im Bundgebiet sich für den zur Abstimmung stehenden Antrag entscheidet, sondern daß auch in jedem einzelnen Kanton eine Mehrheit erzielt wird. Achtzehn Kantone verworfen die Vorlage, nur vier Kantone nahmen sie an. Die Stimmbeteiligung betrug 84 Prozent. Mit der Ablehnung der Vorlage entfallen alle an das Problem Währung und Preisbildung in der Schweiz geknüpften Kombinationen.

### Hollands Wirtschaftsminister juridisgetreten

\* Haag, 3. Juni. (Durch Funkspruch)

Wirtschaftsminister Dr. Steendera ist überraschend zurückgetreten, was in politischen und parlamentarischen Kreisen großes Aufsehen hervorrief.

Sicherem Vernehmen nach begründet Steendera seine Demission damit, daß seiner Kuffassung nach allein eine Devalvation die Wirtschaftslage der Niederlande grundlegend verbessern könne. Da er jedoch mit dieser Auffassung innerhalb des Kabinetts fast allein gehanden habe, habe er sich zum Rücktritt entschlossen. Das Rücktrittsgesuch ist von der Königin bereits genehmigt worden.

### Schweizerische „Kriseninitiative“ abgelehnt

\* Bern, 3. Juni

Das Schweizer Volk verwarf in der gestrigen Abstimmung mit rund 500 000 Nein-Stimmen gegen 426 000 Ja-Stimmen das von marxistischen und gewerkschaftlichen Kreisen angegangene Volksdegrete, daß die Aufnahme eines neuen Artikels in die Bundesverfassung forderet. Es handelte sich dabei um die sogenannte „Kriseninitiative“, nach der in die Bundesverfassung Bestimmungen gegen die Senkung der Löhne und über die Erhaltung des jetzigen Preisniveaus aufgenommen werden sollten. Die Gegner der Vorlage bekämpften diese hauptsächlich mit dem Hinweis darauf, daß die Durchsetzung aller geforderten Maßnahmen die finanzielle Tragfähigkeit des Staates überschreiten und die Oberhoheit der Kantone beeinträchtigen würde. Man betonte, es handle sich um Experimente mit einem utopischen marxistischen Zukunftsaussicht, die schwerste wirtschaftliche Gefahren brächten. Die Bestimmungen über die Schweizerischen Volksbegehren verlangten, daß nicht nur eine Stimmen-